

KRITISCHE PÄDAGOGIK

Eingriffe und Perspektiven

GEGENIMPULSE





Die Themenreihe **Kritische Pädagogik: Eingriffe und Perspektiven** stellt ein Forum für erziehungs- und bildungswissenschaftliche Diskussionen dar, die auf herrschaftskritischen Gesellschaftsanalysen basieren. Sie soll Möglichkeiten schaffen, kontroverse Positionen zum Ausdruck zu bringen und emanzipative Perspektiven eröffnen.

Der Herausgeberkreis will auf aktuelle pädagogische Problemlagen aufmerksam machen, Diskussionen anstoßen und in Debatten eingreifen. Wir beabsichtigen Missstände radikal zu benennen und dem Nachdenken über konstruktive Vorschläge abseits vorgefertigter Strukturen Raum zu geben.

Willkommen sind daher neben wissenschaftlichen Beiträgen Essays sowie provokativ-polemische und unorthodoxe Ausführungen, die sich als Medium einer lebendigen Streitkultur verstehen.

Kritische Pädagogik Eingriffe und Perspektiven

Heft 8 (2021)

Gegenimpulse

Herausgegeben von

Lukas Eble, Simon Kunert und Manuel Rühle

Gegründet von

Armin Bernhard, Eva Borst
und Matthias Rießland



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb> abrufbar.

ISBN: 978-3-8340-2182-3

Schneider Verlag Hohengehren, Wilhelmstr. 13, D-73666 Baltmannsweiler

Homepage: www.paedagogik.de

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Unterrichtszwecke!

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Pädagogische Gegenimpulse 7

Tino Heim

Für eine utopistische Realpolitik – Krisendynamiken und
Übergänge zu anderen gesellschaftlichen Beziehungsweisen.... 15

Torsten Feltes

Theorie ist Revolte: Eine notwendige Erinnerung.
Im Andenken an den Philosophen und Soziologen
Helmut Reinicke (1941-2018) 35

Simon Kunert

Bestimmte Negation und konkrete Utopie –
bildungstheoretische Überlegungen zum Verhältnis
von Pädagogik und Kritik 55

Dominik Novkovic

Erziehung und Emanzipation heute: Aktualität
und Perspektiven einer politischen Pädagogik
auf materialistischer Grundlage 69

Anne Gräf

„[D]as Udenkbare denken und dennoch innerhalb
der Grenzen des realistisch Möglichen handeln“ –
Psychoanalytisch aufgeklärte Impulse gegen den
Verlust von Hoffnung und Utopie 85

Tobias Fabinger

Das Nichtidentische bei Adorno als Bestandteil einer pädagogischen Praxeologie – ein Versuch über pädagogische Haltungen in Zeiten der Verwarenförmigung von Bildung	103
--	-----

Daniela Holzer

Weiterbildungswiderstand als gegenimpulsive Kraft? Eine Erkundung von Nuancen und Potenzialen.....	121
---	-----

Steffen Brockmann

Kritische Pädagogik in Lateinamerika am Beispiel von Chile und Argentinien.....	135
---	-----

Aus dem Arbeitskreis ‚Kritische Pädagogik‘*Alexandre Magno Tavares da Silva*

Bedeutung und Aktualisierung der Befreiungspädagogik Paulo Freires: ein Dialog mit Bildungsinitiativen im Nordosten Brasiliens.....	153
---	-----

<i>Autorinnen und Autoren</i>	169
-------------------------------------	-----

*Editorial***Pädagogische Gegenimpulse**

Pädagogik ist in Theorie und Praxis auf den Eingriff in die Entwicklung und Sozialisation von Menschen bezogen. Ihr historisch-systematisch bestimmbarer Auftrag besteht nicht zuletzt darin, sie mit den Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben unter den jeweils gegebenen Bedingungen auszustatten. Neben der Analyse und Kritik der Verfasstheit der Gesellschaft auf der Basis dieses Prüfsteins fällt der Pädagogik als einer *in die Praxis eingreifenden Wissenschaft* eine weitere fundamentale Aufgabe zu: sie hat die gesellschaftlichen Blockierungen aufzuspüren, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene an der Loslösung aus kulturellen Abhängigkeitsverhältnissen hindern und zugleich Perspektiven zu erarbeiten, wie diese gesellschaftlichen Beschränkungen aufgehoben werden können. Eine engagierte, praktisch-eingreifende Pädagogik muss heute in der Lage sein, Gegenimpulse zur verheerenden Organisation der Lebens-, Arbeits- und Naturverhältnisse in einem neoliberal entfesselten Kapitalismus zu eröffnen; muss sich konzeptionell in die Lage versetzen, in Zusammenarbeit mit der pädagogischen Profession Handlungsperspektiven zu bestimmen und utopische Veränderungspotenziale einzuholen.

In Folge ihrer unhintergehbaren gesellschaftlichen Reproduktionsfunktion ist Pädagogik stets strukturell mit den kapitalistischen Herrschafts- und Verwertungsmechanismen verflochten. Das Ausmaß und die Reichweite dieser Verflechtung ist jedoch keineswegs determiniert, sondern vom Grad der relativen Autonomie der Pädagogik abhängig. Die Gefahr und derzeit bittere Realität, dass sich das Gros der Erziehungswissenschaft in der Ermittlung, Bereitstellung und Optimierung von technologischem Steuerungswissen über menschliche Entwicklungs- und Lernprozesse erschöpft, liegt in der erfolgreichen Einbindung der Disziplin in die neoliberal-kapitalistischen Reproduktionszusammenhänge begründet. Dieser affirmativen Tendenz zur

(Selbst-)Reduzierung der Erziehungswissenschaft auf eine Lehre der Humankapitalverwertung bei gleichzeitiger (Selbst-)Inszenierung mittels pädagogischer Pseudoaktivität tritt Kritische Pädagogik entschieden entgegen. Das Prinzip der Kritik – verstanden als radikale pädagogische Gesellschaftskritik – stellt eine reflexive Distanz zur Praxis in ihren alltäglichen Erscheinungsformen her, kraft derer diese analytisch durchdrungen und auf ihre gesellschaftsstrukturellen Voraussetzungen zurückgeführt werden kann. Dies wiederum bildet die Voraussetzung für jeden Versuch einer emanzipatorischen Veränderung des Bestehenden. Die entscheidende – theoretische wie praktische – Herausforderung besteht hierbei darin, Kritik in Abgrenzung zu affirmativen wie auch zu abstrakt negierenden pädagogischen Ansätzen *pädagogisch konkret werden zu lassen*: nämlich als „Kombination von theoretischer Analyse/Reflexion und Umriss eines Handlungsentwurfs“ (Bernhard u. a. 2015, S. 9) zu präzisieren. In diesem Sinne haben wir in der zweiten Ausgabe unserer Themenreihe unter dem Titel *Pädagogik als konkrete Kritik* versucht, das Kritikprinzip angesichts des „immensen Verschleißprozess[es]“ (ebd., S. 10), den dieses während der letzten Jahrzehnte durchlaufen hat, theoretisch neu zu bestimmen. Mit der vorliegenden Ausgabe wollen wir an unsere damalige Intention anknüpfen, indem wir pädagogisches Handeln als eine widerständige emanzipatorische Praxis ins Zentrum rücken, die in grundlegender Weise gesellschaftskritische *Gegenimpulse* zu vermitteln und freizusetzen vermag. Uns interessiert dabei die Frage nach den konkreten Anknüpfungspunkten für eine solche Praxis, nach der Entwicklung und Ausgestaltung von Alternativen, von praktischen Konzeptionen, Handlungsentwürfen, Beziehungsformen, in denen das utopische Moment von Pädagogik aufgehoben und zum Tragen gebracht werden kann.

Gegenimpuls – jenseits der physikalischen Bedeutung kann der Begriff synonym verwendet werden für Anregung, Ansporn, Anreiz, Motivierung. Es geht uns in diesem Schwerpunktheft darum, Anstöße und Anregungen in den Vordergrund zu rücken, die aus der Erziehungswissenschaft und der pädagogischen Praxis

widerständig gegen die kulturelle Asphaltierung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter neoliberal geprägten kapitalistischen Produktions- und Lebensbedingungen entwickelt werden können. Wir widersprechen damit der verbreiteten Annahme, dass die bestehende Organisation der Arbeits- und Lebensverhältnisse *alternativlos* ist. Dass auch drastische und bis dahin für undurchführbar erklärte Maßnahmen und Kurswechsel nicht nur theoretisch möglich, sondern auch in rasantem Tempo und ohne größere Hürden praktisch durchgeführt werden können, haben die wiederholten gesellschaftlichen Lockdown-Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie mehr als deutlich gemacht. Die große emanzipatorische Herausforderung besteht für uns darin, darauf hinzuwirken, dass derartige Anstrengungen nicht lediglich affirmativ zum Erhalt des gesellschaftlichen Status quo führen (oder dessen inhumane Dynamiken gar noch verschärfen), sondern vielmehr auf dessen humanisierende Überschreitung hinwirken. Ohne eine fundamentale Umgestaltung der gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse wird dies jedoch kaum möglich sein. In der aktuellen Krise hat sich überdeutlich gezeigt, dass eine Gesellschaft, deren Dynamik durch den objektiven Zwang zur Profitmaximierung bestimmt ist, nicht in der Lage ist, eine globale Pandemie rational und solidarisch zu bewältigen. Vielmehr ist das Profitprinzip selbst als maßgebliche Mitursache und Triebkraft der Pandemie anzusehen, insofern die rücksichtslose, zerstörerische Ausbeutung der Natur eine solche Katastrophe überhaupt erst möglich gemacht hat, während die globale Staatenkonkurrenz um Standortvorteile den Handlungsrahmen für staatliche Eindämmungsmaßnahmen zu Lasten der jeweiligen Bevölkerungen vorgibt.

Gegenimpulse in unserem Verständnis sind keine idealistisch überhöhten Postulate, die dem ‚schlechten Bestehenden‘ diametral entgegensetzen wären. Sie gründen selbst in den Widersprüchen, Konflikten und Reibungen, welche die von kapitalistischen Verwertungs- und Herrschaftsinteressen bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen mit ihrem sich beständig ausweitenden Zugriff auf die Subjektwerdung der Menschen

hervorrufen. Sie können, ja sie müssen aus der bewussten, kritisch-kreativen Auseinandersetzung der pädagogisch denkenden und handelnden Menschen mit den gesellschaftlich vermittelten Zwängen entbunden werden.

Gegenimpulse können sich dementsprechend weder auf die bloße Benennung gesellschaftlicher Missstände, noch auf die pauschale Verwerfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Ganzer beschränken. Vielmehr gilt es, die Menschen für das Engagement für eine humane Menschwerdung unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen und sie zu befähigen, die Einstellung zu entwickeln, dass es sich für dieses Ziel mit aller Kraft zu kämpfen lohnt. Ausschließliche Beanstandungen der verheerenden Verhältnisse erzeugen in der Regel lediglich Resignation, Ohnmacht, Verzweiflung und falsche Antworten. Wo sie darauf verzichten, Handlungsmöglichkeiten, Alternativen, Gegenentwürfe und Gegenerfahrungen herauszuarbeiten und zu vermitteln, verzichten sie auf die Aktivierung einer für die Umgestaltung der Gesellschaft notwendigen revolutionären Lebensenergie. Kritik, die auf den pädagogisch unterstützten emotionalen Schutzmantel, aber auch auf Gegenentwürfe zum Bestehenden verzichtet, kann – mitunter gegen ihre Intention – dazu beitragen, die Kräfte des Widerstands zu lähmen: „Erkenntnis allein bewirkt Verzweiflung“ (Heydorn 2004, S. 260). Die Ebene der ‚reinen‘ Kritik läuft Gefahr, praktisch wirkungslos zu bleiben, soweit sie nicht mit der keimhaften Entwicklung von latenten, in den Verhältnissen wie in deren Kritik enthaltenen Alternativen korrespondiert.

Ohne einer naiven Analogie folgen zu wollen, kann Ernst Blochs Unterscheidung in einen Kältestrom und einen Wärmestrom des Marxismus bemüht werden, um ein grundlegendes, von der Kritischen Pädagogik sträflich vernachlässigtes Desiderat hervorzuheben. Kältestrom und Wärmestrom sind in der materialistischen Geschichtsphilosophie untrennbar miteinander verbunden. Der Kältestrom ist darauf angelegt, die kritische Ratio unerbittlich auf die Entzauberung einer ideologisch entstellten Wirklichkeit zu richten. Als nicht korrumpierbares Instrument muss die

Ratio die Verzerrungen und Verkehrungen, die Skandale, Betrügereien, Beschönigungen und Falschdarstellungen in den bestehenden Verhältnisse aufzuklären versuchen. Demgegenüber ist der Wärmestrom auf die Freilegung des Möglichen, die Entwicklung von Alternativen, die Entfaltung konkreter Utopien gerichtet, die in den gesellschaftlichen Verhältnissen im Verborgenen objektiv angelegt, aber nicht realisiert sind. „Erkenntnisvermittlung und glaubhaft gemachte Hoffnung auf Leben machen den Erziehungsvorgang aus“ (Heydorn 2004 S. 261). Wird der Wärmestrom vom Kältestrom abgekoppelt, bestätigt die seiparierte Kritik nur noch den gesellschaftlichen Nihilismus, kann sie das Gefühl des hoffnungsvollen Aufbruchs nicht mehr vermitteln. Die rationale Analyse und Beanstandung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die „Kühle des Mißtrauens“ (Bloch 1985/EB, S. 283) – sie reichen nicht hin, um eine emanzipatorische gesellschaftliche Praxis aufzubauen. Die Entzauberung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse ist nicht nur aus theoretischen, sondern auch aus praktisch-psychologischen Gründen höchst unzulänglich, wenn entscheidende Momente gesellschaftsverändernder Praxis ignoriert werden, nämlich die, welche die „Nahrung für ein neues Feuer der Hoffnung“ (ebd., S. 284) enthalten.

Mit den notwendigen Veränderungen kann diese Kritik im Sinne von Selbstkritik auf die Kritische Pädagogik angewendet werden. In ihrem Zentrum standen in den letzten Jahrzehnten die Analyse und die Kritik der gesamtgesellschaftlichen Erziehungs- und Bildungsverhältnisse. Geradezu unterentwickelt ist die Position Kritischer Pädagogik jedoch auf dem Gebiet, welches die aufbauenden, stärkenden, ermutigenden, motivierenden, die utopischen Momente gesellschaftsverändernden Handelns betrifft. Sträflich vernachlässigt wurden die Strukturelemente, aus denen Impulse für grundlegende Veränderungen hervorgehen können. Die mit der Gesellschaftskritik untrennbar verbundene „humanqualitative Analyse“ (Bloch 1985/7, S. 374), die die Attraktivität eines kritischen Gegenmodells erheblich erhöht, blieb weitgehend unausgefüllt: Der fehlende Wärmestrom – die praxeologische,

handlungspropädeutische, die interpersonale, die konkret-utopische Dimension – bildet die offene Flanke Kritischer Pädagogik, ihr gravierendes Phantasiedefizit in der Handlungsdimension.

Kritische Pädagogik steht damit vor der immensen Herausforderung, diesen Wärmestrom zu entfalten, ohne dabei Wärme künstlich ‚andrehen‘ zu wollen (Adorno 1977, S. 688; vgl. auch Eble/Kunert 2019). Sie darf nicht der Illusion verfallen, in Struktur und Funktionsweise der Gesellschaft begründetes Leiden allein über zwischenmenschliche Interaktionen aufheben zu können. Schreckt sie aber vor der Entwicklung von Handlungsentwürfen und -alternativen zurück, so büßt sie damit ein wesentliches Moment ihrer Wirkungskraft ein. Eine solche Haltung steht nicht nur im Widerspruch zum Grundgedanken des Pädagogischen, das den rational begründeten Eingriff in die Subjektwerdung von Menschen meint, sondern auch zu einer philosophischen Grundkonstitution der Pädagogik, die auf eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielt.

Kritische Pädagogik darf sich in ihrer Betonung der Kritik nicht einigeln. Ihre kompromisslose Analyse des Bestehenden muss zugleich grundlegend über dessen Horizont hinausweisen und Wege zur Realisierung alternativer Formen menschlichen Zusammenlebens aufzeigen. Als wissenschaftliche Theorie, die auf gesellschaftliche Veränderung angelegt ist, kann Kritische Pädagogik zwar niemals Rezeptologie sein, denn dies würde den Begriff der Theorie Lügen strafen. Aber aus der Konzeptualisierung dieser Theorieposition als einer auf die Ermöglichung emanzipatorischer Praxis gerichteten Wissenschaft ergibt sich die Verpflichtung, Handlungsalternativen aus der Praxis zu reflektieren, pädagogische Praxeologien zu entwickeln, Handlungsentwürfe zu generieren. Soll die Kritik „die Massen ergreifen“ (Marx), so muss sie ihre Erkenntnisse „vergesellschaften“, d. h. sie zur „Basis vitaler Handlungen“ werden lassen (Gramsci 1994, S. 1377), zu einem belebenden, zur praktischen Überschreitung drängenden Element im Alltagsbewusstsein der Menschen. Es geht um nichts weniger als um den Aufbau einer „zukunftsorien-

tierten pädagogischen Bildungs- und Erziehungsarbeit zur Neubelebung aller geistigen und praktisch-sittlichen Sinne, Eigenschaften und Anlagen des Menschen“ (Novkovic 2018, S. 222). Angesichts globaler gesellschaftlicher Verhältnisse, deren destruktive Tendenzen für Mensch und Natur von keinem vernünftigen Menschen mehr geleugnet werden können, erscheint uns die konkret-utopische Erweiterung des Prinzips der Kritik in der Pädagogik heute dringlicher denn je.

Literatur:

Adorno, Theodor W. (1977): Erziehung nach Auschwitz, in: ders.: Gesammelte Schriften Band 10.2: Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt am Main, S. 674-690.

Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main.

Bernhard, Armin u. a. (Hg.) (2015): Kritische Pädagogik. Eingriffe und Perspektiven, Heft 2: Pädagogik als konkrete Kritik, Baltmannsweiler.

Bloch, Ernst (1985): Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz. Werkausgabe Band 7, Frankfurt am Main.

Bloch, Ernst (1985): Tendenz – Latenz – Utopie. Ergänzungsband, Frankfurt am Main.

Eble, Lukas; Kunert, Simon (Red.) (2019): Kritische Pädagogik. Eingriffe und Perspektiven, Heft 6: Soziale Kälte, Baltmannsweiler.

Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte Band 6: Philosophie der Praxis, Hamburg und Berlin.

Heydorn, Heinz Joachim (2004): Erziehung, in: ders.: Bildungstheoretische und Pädagogische Schriften 1967-1970. Werke Band 2. Herausgegeben von Irmgard Heydorn, Hartmut Kappner, Gernot Koneffke und Edgar Weick, Wetzlar, S. 257-288.

Novkovic, Dominik (2018): „...es kömmt drauf an, sie zu verändern“ – Karl Marx‘ Philosophie der revolutionären Praxis und die Implikationen einer kritisch-materialistischen Bildungstheorie, in: ders.; Alexander

Akel (Hg.): Karl Marx – Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Praxisphilosophie, Kassel, S. 199-226.

Tino Heim

Für eine utopistische Realpolitik – Krisendynamiken und Übergänge zu anderen gesellschaftlichen Beziehungsweisen

Krise und Utopie im Coronadiskurs

Jüngste Corona-Diskurse zeigten ein über die Pandemie hinausweisendes Krisenbewusstsein. Wo Corona nicht als schicksalhafte Naturkatastrophe deklariert wurde, war deutlich, dass *gesellschaftliche* Widersprüche auch für verschärfte Ausprägungen dieser Krise ursächlich waren. *Überlastet* waren die Gesundheits- und Sozialsysteme ja v. a., weil sie schon zuvor am Rand der Belastungsgrenze operierten – eine Folge des seit den 1990ern betriebenen und im Zuge der EU-Staatschuldenkrise (ein Resultat der Rettung der Finanzmärkte ab 2008) austeritätspolitisch weiter forcierten Sozialabbaus. Nicht umsonst traf Corona die südliche EU-Peripherie am heftigsten. Korrelationen von Feinstaubbelastung mit Vorerkrankungen und Sterberaten oder erhöhte Risiken für die Verbreitung von Zoonosen durch Effekte politisch-ökonomischer Systemlogiken auf die Ökosysteme verwiesen zudem auf Widersprüche in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Ob ausgehend vom Gesundheits-, Pflege- und Bildungsnotstand oder den Arbeits- und Ausbeutungsverhältnissen in anderen mit Corona verflochtenen Bereichen (etwa den Hotspots in der Billigfleischindustrie), rückten die Pandemie und politische Reaktionen so vielfältig miteinander verknottete *strukturelle* Antagonismen in den Blick. Also Widerspruchskonstellationen und daran geknüpfte Konfliktlagen, die der profitwirtschaftlichen Reorganisation und Kommodifizierung immer weitere Lebensbereiche, der globalen Arbeitsteilung, den Migrationsregimen und Care-Chains, der Trennung von ‚produktiver‘ (sprich profitorientierter) und reproduktiver Arbeit und den mit der kapitalistischen Organisation von Reproduktionsarbeit verbundenen Geschlechterverhältnissen eingeschrieben sind (vgl. Link 2020; Heim 2020).

Multipolare Krisenkonstellationen machen Bruchstellen sonst als unwandelbar geltender gesellschaftlicher Verhältnisse, Wissensordnungen und Habitusformen gesteigert sichtbar und implizieren so auch Momente der Utopie: Sie befördern Infragestellungen bestehender Modi von Eigentum, Arbeitsteilung und Lohnarbeit sowie daran geknüpfter Segregationsprinzipien nach Klasse, Geschlecht, Nation oder Ethnie. In gegebenen Verhältnissen angelegte, aber blockierte *Möglichkeiten* alternativer Modi der Vergesellschaftung gewinnen dabei klarere Kontur.¹ Entsprechend bildete im Coronadiskurs ein utopisches Raunen den Gegenpol zur Panikstimmung. Grundtenor solcher Debatte war es, dass eine durch Corona geläuterte Gesellschaft ihre Prioritäten neu ordnen könne. Kurz: Weniger Konsum, Wachstum, und Konkurrenz, dafür mehr Achtsamkeit in sozialen und ökologischen Belangen. Weniger und sinnvollere Arbeit mit mehr Gestaltungsaufonomie und mehr demokratischer Mitbestimmung. Mehr Zeit, Respekt und v. a. bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für essenzielle reproduktive Tätigkeiten. Weniger kaufen, mehr teilen. Insgesamt mehr Solidarität, Selbstorganisation und Nachhaltigkeit. Entsprechende utopische Fluchtlinien fasste prägnant ein von 3000 Wissenschaftler*innen gezeichnetes, am 15.5.2020 u. a. in *Le Monde* und der *ZEIT* veröffentlichtes „Manifest für ein Wirtschaften nach der Pandemie“ zusammen: „Arbeit demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“.

Hier bot die Pandemie realistische Anlässe, schon lange diskutierte Utopien alltagsweltlich zu konkretisieren: Ein angesichts ökologischer Krisendynamiken als ‚unmöglich‘ geltendes notstandspolitisches Herunterfahren ganzer ökonomischer Sektoren (inklusive sonst als ‚systemrelevant‘ protektionierter Branchen) war im Lockdown durchführbar. Zugleich wurde der gegenüber dem monetären Wachstum abgewertete Reproduktionssektor als eigentlich (über-)lebenswichtig ausgeflaggt. Während dort die Belastungen expandierten, was die Notwendigkeit zur anderen

¹ Vgl. dazu und zu weiterer Literatur: Heim 2013, v. a. S. 211-262 u. S. 538-550; Heim 2016, S. 398-431.

Verteilung dieser Tätigkeiten zeigte, führte das Herunterfahren der Produktion von Überflussgütern oder von Dienstleistungen im ‚Bullshit-Job‘-Segment vor Augen, wieviel (bzw. genauer: *wenig*) Arbeit beim erreichten Stand der Arbeitsproduktivität für eine gesellschaftliche Reproduktion bei hoher Lebensqualität noch nötig wäre. Alte Utopien einer ‚Gesellschaft der befreiten Zeit‘ (Gorz 1990) – Zeit für Muße, Beziehungs- und Gemeinwohlpflege, freie Tätigkeit etc. – erschienen als greifbare, realistisch-utopische Möglichkeit. Ex negativo verdeutlichte das Friedrich Merz, als er am 20.9.2020 im Interview mit BILD mahnte: „Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns nicht alle daran gewöhnen, dass wir ohne Arbeit gut leben können. Wir müssen zurück an die Arbeit!“ Der Twitter-Thread *Eklat_ms* stellte dies mit einem alten Kapitalismuskritiker rasch vom Kopf auf die Füße: „#Marx so: Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.“² Und der *Freitag* konterte: „Wir müssen gar nichts!“ Merz blase nur so laut „ins Ideologiehorn“, weil allzu offensichtlich sei, „dass all die Plackerei vielleicht gar nicht unbedingt nötig, dass auch mit weniger Gesamttätigkeit ein relativer Wohlstand für alle möglich wäre, würde nur fair verteilt.“ (Nowotny 2020)

Die rasche Umstellung von Betrieben der Konsumgüterüberproduktion auf Medizinprodukte und Umstrukturierungen globaler Produktionsketten konkretisierten zudem reale Möglichkeiten bedarfsorientierter, dynamischer Planung jenseits anarchischer Selbstregulation des Marktes. In der Aussetzung von Zwangsräumungen und der Einquartierung von Obdachlosen in leerstehende Wohnungen und Hotels fand eine weitere Utopie, die zuvor als ‚wahnwitzig‘ galt, partiell ihre temporäre Realisierung: Das Grundrecht auf Wohnung, durch bedarfsorientierte Verteilung des hinreichend vorhandenen, aber ökonomisch verknappten Wohnraums. In Soforthilfen ohne Bedürftigkeitsprüfung für

² https://twitter.com/eklat_ms/status/1308024980932890624 (letzter Aufruf: 10.03.2021)

Kleinselbständige in Bildungs-, Kultur und Kreativarbeit oder der Zahlung von Hartz IV bei Aussetzung leerlaufenden Sanktionen, mit denen die Agentur für Lebenszeitvernichtung sonst ihre ‚Kund*innen‘ beschäftigt hält, gewannen Ideen der Grundsicherung oder des Bürger*innengelds greifbarere Kontur.

Zudem zeigte die Krise enorme soziokulturelle Potentiale für basisdemokratische Dringlichkeitsaktionen, die ein Staatsversagen in der Aufrechterhaltung sozialer Infrastrukturen selbstorganisiert abfedern. Das galt für Formen solidarischer Nachbarschaftshilfe oder für ‚Gabenzäune‘, welche die geschlossenen Tafeln ersetzten. Koordiniert wurde das primär von linken Basisstrukturen, also von politisch sonst als ‚Extremist*innen‘, und ‚Chaot*innen‘ gelabelten und für unmündig erklärten Gruppen. Die heterogene (linke Szenekontexte überschreitende) Zusammensetzung solcher Initiativen eröffnete Räume, in denen basisdemokratische Assoziationsformen anlassbezogen in den akzeptierten Alltag der ‚Normalbevölkerung‘ diffundieren konnten. Auch in Internetforen des Austauschs darüber, was aus Corona-Zeiten zu bewahren wäre, implizierte die Positivbilanz der Krise utopische Dimensionen: Die Zeitautonomie für Selbstsorge und Beziehungspflege, die neue Achtsamkeiten im sozialen Miteinander (gerade in Zeiten physischen Abstands) oder das Erleben, dass temporäre Unterbrechungen des Maximalkonsums und der Thrills von Fernreisen, Raves und Partys auch neue Lebensqualität beinhalten, verwiesen auf mögliche andere Lebensformen im Hier und Heute (vgl. Heim 2020, v. a. S. 24 ff.).

All dies oder auch viele um die Neudeutung der ‚Systemrelevanz‘ zentrierte Wertedebatten begünstigte Visionen der Krise als Ausgangspunkt eines radikalen Neuanfangs. Pointiert: Auch wo „Politiker uns einschwören, zu konsumieren, was das Zeug hält, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln“, halle in Erinnerungen an den „flugzeuglosen Himmel“, an auto-, konsum-, reise- und arbeitsfreie Tage ein „Alternativempfinden“ nach. „Das Schneller-Höher Weiter-Mehr verliert seine rücksichtslose Dynamik. Das Miteinander gewinnt mehr Raum. [...] Die jetzigen Maßnahmen sind alternativlos; die Rückkehr zur [...] alten Normalität ist

es nicht. Das Fenster, in Alternativen zu denken, steht sperrangelweit offen.“ (Precht 2020). Was hier als philosophisch stilvolle und politisch zahnlose Postwachstumsromantik daherkam, formulierten andere Artikel dringlicher als existentielle Entscheidungsfragen – schließlich mehrten sich Anzeichen, dass ein ‚New Normal‘ nach Corona von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik der expertokratisch oktroyierten harten Schnitte, Radikalkuren und Schocktherapien geprägt sein könnte (vgl. Link 2020; Knobloch 2020). In beiden Fällen aber wirkte Corona als Katalysator utopischen Denkens.

Die Zeit schien also selten günstiger und drängender, um Utopien auch realpolitische Relevanz zuzusprechen. Freilich fand sich in konkreten Bestimmungen der Utopien und ihrer Möglichkeitsbedingungen wenig, was nicht bereits seit dem Frühsozialismus in endlosen Varianten als in der kapitalistischen Gesellschaft angelegte und über sie hinausweisende Möglichkeiten formuliert worden wäre. Die Krise reizte nur erneute Hoffnungen auf wirkliche Transformationen in dieser Richtung an. Demgegenüber zeigte sich rasch überdeutlich, dass die Hauptbedingungen ihrer Realisierung jenseits des Denkmöglichen blieben. Das galt v. a. für ein konsequentes Herunterfahren des kapitalistischen Wachstumsmotors mit seinen Konkurrenz- und Profitzwängen. Auch Formulierungen der Systemfrage verliefen sich meist in diffusen Sehnsüchten nach einem ‚verantwortlicheren Kapitalismus‘, mit einem irgendwie anderen, ‚nachhaltigen‘, ‚grünen‘ Wachstum sowie einem durch neo-keynsianische Umverteilung moderierend eingreifenden Staat. Unter dem Primat des monetären Wachstums lassen der derzeitige Stand der Weltwirtschaft und die Erfordernisse der Kapitalakkumulation jedoch kaum Raum für Schritte in diese Richtung. Stattdessen setzten Milliardenhilfen zur erneuten Rettung gerade ökologisch besonders destruktiver Branchen (Luftfahrt, Autoindustrie) um jeden Preis auf Wachstumsimpulse, Systemstabilisierung und Gewinngarantien. Seit der Weltwirtschaftskrise 1972 und noch gesteigert in der Krisenserie ab 2008 waren entsprechende Maßnahmen nur durch globale Bottom-Up-Umverteilung möglich, die die Garantie und Erhöhung

von Kapitalgewinnen durch Enteignung, Entrechtung und Sozialabbau für globale Mehrheiten und weitere Forcierung des ökologischen Raubbaus erkaufte. Jenseits von Lippenbekenntnissen werden Klimaschutz und ökologische Wende daher erneut ins Unabsehbare vertagt (bis zur nächsten Krise, die dann die neuerliche Vertagung erzwingt). Für die (lange nicht mehr beklatschten) überausgebeuteten systemrelevanten Care-Arbeiter*innen sind unterdessen nicht einmal moderate Lohnerhöhungen möglich – von der grundlegenden Reorganisation oder gar Dekommodifizierung reproduktiver Arbeit ganz zu schweigen.

Vorerst bleiben Ansätze möglicher Alternativen zwar erkennbar, werden aber im Namen einer ‚Realpolitik‘ in bestehenden Systemparametern blockiert. ‚Realpolitik‘ reduziert sich dabei im Wahlkampf 2021 einmal mehr auf inhaltlich entkernte, personalisierte oder auf Koalitionsoptionen bezogene Machtfragen, während Utopie v. a. ein Negativbegriff bleibt, um politischen Gegner*innen Irrationalismus und Realitätsfremdheit zu attestieren. Das steht in einer langen Tradition der Entgegensetzung von Realpolitik und Utopie, die im Folgenden historisch rekapituliert wird, um anschließend zu akzentuieren, warum gegenwärtig gerade eine realistische Politik utopische Dimension erfordert.

Utopie vs. Realpolitik. Paradoxien einer Entgegensetzung

1516 entwarf Thomas Morus Alternativen zur damaligen gesellschaftlichen Ordnung Englands, indem er *mögliche* Modi der Vergesellschaftungen, die im gegebenen Erfahrungsraum keinen Ort hatten, an der fiktiven Insel ‚Utopia‘ (Nicht-Ort) durchspielte. Damit nahm er eine genuin moderne Form kritisch-konstruktiver politischer Fiktion vorweg, wobei der Kurztitel einen Begriff bot, um ab dem 17. Jh. eine literarische Gattung und seit Ende des 18. Jh. auch spezifische politische Haltungen und Orientierungen zu bezeichnen. Dabei verschob sich der Raum-Zeit-Index: Morus‘ Rahmennarrativ war eine Reise ins geographisch Unbekannte. Utopia war im *Jetzt*, aber *Nicht-Hier* lokalisiert. Das charakterisierte die Textsorte auch noch, als literarische Utopien vor der den ganzen Globus erschließenden Kolonialexpansion unter die Erde

oder ins All flohen. Ende des 18. Jh. werden Utopien jedoch in die Zukunft verschoben. Diese *Verzeitlichung* (vgl. Koselleck 2006) ändert die Struktur der nun *prospektiv-projektiven* Utopien dahingehend, dass ihre vom *Jetzt* ausgehende *Realisierbarkeit* stets mitgedacht wird. Der sowohl von der fiktiven Insel als auch von der literarischen Gattungsbedeutung gelöste Begriff gewinnt zudem „politischen Allgemeincharakter“ als ein „Verhaltensbegriff von allgemeinem Anspruch, an dem jeder partizipieren kann, der sich auf die Zukunft einstellt“ (ebd., S. 262).

Diese Verschiebung steht im Kontext des Auseinandertretens von *Erfahrungsraum* und *Erwartungshorizont* (vgl. Koselleck 2000), mit dem die Zukunft als prinzipiell anders als die Gegenwart gestaltbar erscheint. Dass sich Gesellschaftsentwürfe statt auf ortlose Idealbilder auf potenzielle künftige Realisierungen bezogen, war kein Ausdruck luxurierender Fantasterei: Die mit der Auflösung der Ständeordnung und der Durchsetzung von Industriekapitalismus und Lohnarbeit verbundenen gravierenden Krisen machten ein *programmatisches* politisches Handeln sowie gedankliche Antizipationen erst zu gestaltender Organisationsformen zur Notwendigkeit. Zeitgleich implizierte der wissenschaftlich-technische Fortschritt eigene Zwänge und Möglichkeiten zur Reflektion auf eine gestaltbare Zukunft.³ Insofern stand das Aufkommen des politischen Utopie-Begriffs in Kontexten, in denen *jede realistische Politik* eines Zukunftsentwurfs bedurfte. In Differenz zu letzter meinte ‚Utopie‘ aber weiterhin den Gesamtentwurf eines fiktiven Idealzustands, obgleich sich die einst „räumlich gedachte *perfectio* in eine verzeitlichende [...] *Perfektibilität*“ (Koselleck 2006, S. 265) verschob. Vor diesem Hintergrund wurden die ab 1792 im Umfeld der Französischen Revolution nachgewiesenen Begriffe ‚Utopismus‘ und ‚Utopist‘ meist polemisch gebraucht, um sowohl die Zukunftsentwürfe als auch die Haltungen politischer Akteure als irrationale Fantasterei zu diskreditieren (vgl. ebd., S. 255 f.). Ab dem 19. Jh. verarbeiten

³ Vgl. dazu klassisch: Polanyi 1997; unter Einbeziehung weiterer Literatur: Heim 2013, v. a. S. 263-420.

Negativ-Utopien zudem Erfahrungen einer Inversionslogik in der Realisierung idealer Gesellschaftsentwürfe, die (vom Jakobinerterror bis zum Staatssozialismus) oft den Zielen gegenläufige und z. T. fatale Folgen zeitigten. In dualer Entgegensetzung zur als rational und vernünftig imaginierten ‚Realpolitik‘ konnte daher im 20. Jh. das utopische Denken als in sich *totalitär* gelten. So charakterisierte Dahrendorf (1967) Utopien als von der Realität losgelöste, grundsätzlich statische, in sich geschlossene homogene Systeme, die als solche jede innere Veränderung des Gesamtentwurfs ausschlossen und jede Umweltirritation abwehren. Daher disponiere Utopie zu Repression und Gewalt. Solche, ähnlich von Popper (1958) formulierten Entgegensetzungen legten dann Forderungen nahe, Utopist*innen aus dem politischen Handlungsraum auszuschließen – als „Feinde“ der „offenen Gesellschaft“ (die offenbar selbst akut an den Symptomen litt, die sie am Utopismus bekämpfte).

Zwar gab es im 20. Jh. philosophische und sozialwissenschaftliche Versuche der *Positivbesetzung* von ‚Utopie‘ – anthropologisch-philosophisch grundiert v. a. bei Bloch (1959), soziologisch akzentuiert v. a. bei Mannheim (1965), der den Zusammenhang der durch die Produktivkraftentwicklung erweiterten gesellschaftlichen Möglichkeitsräume mit utopischen Ideenformen betonte, welche gegebene Verhältnisse gedanklich überschreiten. Im *politischen* Sprachgebrauch aber fungiert ‚Utopie‘ primär als „universell verwendbarer pejorativer Kampfbegriff“ (Koselleck 2006, S. 272) und wird in Entgegensetzung zur positiv markierten ‚Realpolitik‘ bis heute zur Diffamierung politischer Gegner verwendet.

Wie verfestigt der pejorative Wortgebrauch und die Exklusion der Utopie aus der Parteienpolitik sind, zeigen zahllose Beispiele. Exemplarisch wusste Kathrin Göring-Eckardt (die Grünen) im Streitgespräch mit Frauke Petry (AfD) auf die Behauptung, die AfD stehe für „Realpolitik“, Grüne hingegen „versuchen, Utopien zu verkaufen“, nichts zu erwidern, als ihre Partei von jedem Utopieverdacht freizusprechen und auf der Seite der ‚Realpolitik‘ zu platzieren (vgl. Göring-Eckardt/Petry 2017). Eine generelle

Ausgrenzung von Utopien zeigt die systematische Analyse aller Bundestagsreden von 2005-2015, die nur 33 Nutzungen des Utopie-Begriffs ergab (SPD und FDP 0; Grüne 3; CDU/CSU 11; Linke 19). Positive Konnotationen fanden sich nur vereinzelt bei der Linken. Dort meinte ‚Utopie‘ aber ferne Ideale einer besseren Zukunft und einen inhaltlich unbestimmten Antrieb politischen Handelns, zu denen das Handeln keine systematisch-praktische Verbindung hat. Sonst signifiziert das (Un-)Wort Realitätsverlust und Naivität. Bezüge auf Utopie als relevantes Moment politischen Handelns finden sich nicht. (Vgl. Maahs 2019, S. 283-294) Ein politisches Denken, dass nach dem Kollaps des Staatssozialismus das überlebende System als finale Erfüllung aller Utopie ausgab (vgl. Fukuyama 1992) und eine Realpolitik der Alternativlosigkeit, die den Raum des politischen derart supprimierte, dass schon das Nachdenken über Alternativen als Ausweis von Unvernunft galt, scheint Utopien auf den ursprünglichen Wortsinn zurückzuwerfen: Sie sind ohne Ort in der Gegenwart und Entwürfe einer davon unterschiedenen Zukunft sind in der als beste aller möglichen Welten geltenden Realität denkunmöglich oder, wo sie doch gedacht werden, irrational und gefährlich.

Diese Ausgrenzung utopischer Fragen steht in wachsender Diskrepanz zu den durch die Kriseneskalationen der letzten Dekaden nahegelegten Notwendigkeiten, aber auch zu demoskopischen Stimmungsbildern, die bei Mehrheiten ein erodiertes Systemvertrauen und utopische Sehnsüchte zeigen (vgl. Heim 2017a; 2017b.). Angesichts irreversibler sozialer und ökologischer Zerstörungen oder der Auflösung geopolitischer und ökonomischer Ordnungsarrangements, zeigen die immer panischeren Versuche, den Status Quo mit irrwitzigen Folgekosten ‚alternativlos‘ zu verlängern, alle traditionell den ‚Utopisten‘ zugeschriebenen Eigenschaften: Realitätsverlust, Abkapselung gegen irritierende Umweltinformationen, dogmatische Erstarrung etc. Bereits angesichts globaler Effekte der Maßnahmen zur Systemstabilisierung in der Weltwirtschafts- und Staatsschuldenkrise betonte (der nicht für naive Träume bekannte) Oskar Negt (2012): „Nur noch Utopien sind realistisch“. Schließlich waren es „nicht politische

Phantasten“, die uns „an den Rand des Abgrunds getrieben haben, vielmehr sind es [...] die Realpolitiker auf allen gesellschaftlichen Ebenen“ (ebd., S. 24).

Wo Realpolitik in der Abschottung von irritierenden Informationen oder der Selbstillusionierung durch Datenmanipulation und erwünschte Expertisen (vgl. Heim 2017b, S. 26 ff.) vermehrt zur Illusionspolitik mit katastrophalen Konsequenzen wird, ist die Frage angebracht, ob hinsichtlich des notwendigen Wandels der gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise Utopismus in dem Sinne *realistischer* wäre, dass er alternierende gesellschaftliche Möglichkeiten antizipier- und verhandelbar macht. Dass die Notwendigkeit auch eine ‚Nachfrage‘ nach Utopien erzeugt, zeigen der Erfolg entsprechender Publikationen, die Neuverhandlung utopischer Fragen im mediopolitischen Interdiskurs und nicht zuletzt gehäufte praktische Versuche des Lebens von Alternativen. Im Effekt kollektiver Lernprozesse sind jüngere utopische Haltungen und Projekte dabei kaum mehr durch geschlossene ideelle Gesamtwürfe charakterisiert, sondern verbinden klare Zielvorstellungen, die sich z. B. in Konzepten der Commons oder der Postwachstumsökonomie verdichten, mit tentativen, experimentellen und pluralistischen Suchbewegungen (vgl. Jordan/Fremaux 2012 u. Maahns 2019, S. 234-275).

Allerdings kann eine utopistische Realpolitik, die grundlegende Parameter der Profit- und Wachstumsökonomie sowie gegebene Formen der Produktions-, Eigentums-, Arbeits- und Konsumverhältnisse in Frage stellt, nicht hinter die Kritik zurück, welche Utopien seit ihren Anfängen begleitet. Nicht umsonst waren zentrale Punkte liberaler und konservativer Utopie-Kritik auch integrales Moment von Marx‘ Kritik des ‚utopischen Sozialismus‘: Da gerade dessen beste Vertreter (Fourier, Owen) ihre Ableitungen der Zukunft nicht historisch und gesellschaftsanalytisch begründen, könnten sie weder Faktoren gegenwärtiger Verhältnisse identifizieren, die der Verwirklichung entgegenstehen, noch Bedingungen und Entwicklungspfade möglicher Übergangsszenarien abschätzen. In Konsequenz des in Abgrenzung dazu for-